

Sozialgesetze, gerechte Honorare und Erhöhungen der Förderbudgets

Theater- und Tanzschaffende fordern Reformen

Günter Jeschonnek

Etwa 250 Theater- und Tanzschaffende aus dem In- und Ausland, Wissenschaftler sowie Vertreter der Kulturpolitik diskutierten vom 4. bis 6. Mai in der Berliner *Akademie der Künste* »Die Lage der Theater- und Tanzschaffenden im Kontext internationaler Mobilität«. Dazu eingeladen hatten das *Internationale Theaterinstitut Zentrum Deutschland (ITI)*, der *Fonds Darstellende Künste* und der *Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien*.

Im Zentrum des Symposiums stand aus nationaler Perspektive die Präsentation der komplexen Gesamtstudie »Wirtschaftliche, soziale und arbeitsrechtliche Lage der Theater- und Tanzschaffenden in Deutschland«. Dieses Projekt mit seinen vier Teilstudien und weiteren Recherchen ist unter Federführung des *Fonds Darstellende Künste* gemeinsam mit dem *ITI*, dem *Bundesverband Freier Theater* und den Wissenschaftlerinnen Cornelia Dümcke, Carroll Haak und Susanne Keuchel realisiert worden. Seit dem »Künstlerreport« von 1973, den die Bundesregierung in Auftrag gegeben hatte, ist diese Gesamtstudie die bisher umfassendste Datenerhebung aus der Perspektive der Akteure im Bereich der darstellenden Künste.

An der Kernerhebung, der Fragebogenaktion, hatten sich bundesweit 4.047 Theater- und Tanzschaffende beteiligt. Um die spezifische Situation des Arbeitsmarktes vertiefend zu untersuchen, wurden zusätzlich 350 Einzel- und Gruppeninterviews mit Theater- und Tanzschaffenden in allen Bundesländern durchgeführt. Repräsentative Aussagen können mit den Ergebnissen der Studie nur zur freien Theater- und Tanzszene getroffen werden, weil der *Deutsche Bühnenverein* die Befragung an seinen Häusern nicht ermöglichen konnte.

Zu Beginn des Symposiums wurde seitens der Vertreter des Fonds hervorgehoben, dass die Ergebnisse der Studie die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission »Kultur in Deutschland« materialreich fundieren, zugleich aber auch zu neuen alarmierenden Erkenntnissen führen. Etwa zwei Drittel aller selbständigen Theater- und Tanzschaffenden arbeiten im Niedrigeinkommenssegment von unter fünf bis zehn Euro pro Stunde. Diese prekären Einkommensverhältnisse und die typischen unsteten Arbeitsbiografien im Bereich der darstellenden Künste führen zu geringen Altersbezügen und somit zu Altersarmut.

Trotz überwiegend ausgezeichneter Ausbildung, Mehrsprachigkeit, hoher Flexibilität und Mobilität sowie enormer zeitlicher Belastung üben die Akteure ihre Tätigkeiten deutlich unter vergleichbaren Mindestlöhnen anderer Branchen aus. Durch die aktuelle Sozialgesetzgebung und die damit verbundenen Fristenregelungen für Ansprüche auf Sozialleistungen wird eine Mehrheit dieser Selbständigen automatisch zu Hartz-IV-Empfängern.

Sigrid Bias-Engels, die stellvertretend für den einladenden Kulturstaatsminister das Grußwort hielt, verwies auf den hohen Stellenwert, den das Theater und der Tanz in Deutschland genießen. Sie benannte aber auch die unübersehbaren Probleme, die nur gemeinsam mit den Ländern, den Kommunen und den Akteuren selbst gelöst werden können: »Ich kann hier nur einige Stichworte nennen: die angespannte Lage der öffentlichen Haushalte, die scharfe Konkurrenz der Freizeitangebote, die demografische Entwicklung und die damit einhergehende Herausforderung, neue Publikumsschichten zu gewinnen. Eine gewichtige Rolle spielen selbstverständlich auch die Fragen, die im Zentrum dieses Symposiums stehen: die soziale und wirtschaftliche Lage der Theaterschaffenden und die Hindernisse, die internationalen Kooperationen entgegenstehen.« Barbara Kisseler, Chefin der Berliner Senatskanzlei, betonte in ihrem Statement, dass die fragilen und unsicheren Beschäftigungsverhältnisse von freien Künstlern so etwas wie ein Seismograph für die Gesellschaft seien und zu politischem Handeln aufforderten.

Am zweiten Tag des Symposiums wurden die vier Teilstudien präsentiert, die die Grundlagen für die in den Podiumsrunden diskutierten Handlungsempfehlungen bildeten.

Susanne Keuchel vom *Zentrum für Kulturforschung (ZfKf)* stellte Auswertungen des umfangreichen empirischen und qualitativen Datenmaterials der Akteure vor, die sie zum Teil mit Ergebnissen des »Künstlerreports« von 1973 verglich. Carroll Haak, die als Politologin seit Jahren die sozialen Risiken auf den Künstlerarbeitsmärkten untersucht, wertete anhand der aktuellen amtlichen Statistiken die Erwerbs- und Beschäftigungsverhältnisse, das Bildungsniveau, die Einkommenssituation und die zu erwartenden Altersbezüge für

Günter Jeschonnek ist Geschäftsführer des Fonds Darstellende Künste e.V. und Projektleiter der Gesamtstudie.



den Bereich der darstellenden Künste aus. Die Kulturökonomin Cornelia Dümcke untersuchte erstmalig alle vorliegenden Kultur- und Kreativwirtschaftsberichte der Länder und Kommunen daraufhin, welche Aussagen sie zu den darstellenden Künsten enthalten.

Schließlich stellte Michael Freundt vom *ITI* die erarbeitete Zusammenfassung von 40 internationalen Recherchen, Berichten und Handlungsempfehlungen vor.

Der *Bundesverband Freier Theater* und einzelne Akteure appellierten mit den vorgetragenen Handlungsempfehlungen dringend an die Politik, die sozialen Sicherungssysteme wie auch die von allen hoch geschätzte *KSK* an die neuen Entwicklungen anzupassen und zu reformieren. Unterstützung fanden sie dafür in den anschließenden Podiumsrunden u.a. auch bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und Mitgliedern der Enquetekommission des Bundestages »Kultur in Deutschland« Gitta Connemann, Angelika Krüger-Leißner und Lydia Westrich. (Im folgenden werden zentrale Ergebnisse dieser vier Studien sowie Handlungsempfehlungen der künstlerischen Akteure vorgestellt.)

Weitere Podiumsgäste des internationalen Symposiums waren u. a. Ingeborg Berggreen-Merkel, Abteilungsleiterin beim *Beaufragten der Bundesregierung für Kultur und Medien*, Nele Hertling, Vizepräsidentin der *Akademie der Künste*, Hans-Georg Küppers, Vorsitzender des *Kulturausschusses des Deutschen Städtetages* und Kulturreferent der Landeshauptstadt München, Hans-Joachim Otto, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kultur und Medien, Chris Torch von *Culture Action Europe*, Xavier Troussard, Abteilungsleiter im *Generaldirektorat für Bildung und Kultur* der Europäischen Kommission und Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des *Deutschen Kulturrats*.

Die für die Podiumsrunden eingeladenen *Bundesministerien für Wirtschaft und Technologie* sowie *Arbeit und Soziales* entzogen sich leider dem Dialog.

Im Abschlussforum des internationalen Symposiums forderten die deutschen Akteure, Kultur als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen. Übereinstimmend stellten alle Teilnehmer des Symposiums fest, dass eine außerordentlich politische Debatte geführt worden sei und den Ankündigungen der Politik Einhalt geboten werden müsse, die ohnehin geringen nationalen und europäischen Kulturretats angesichts der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise zu reduzieren.

»Eine kulturelle Perspektive ist dringender denn je. Diese kann nicht allein von den politisch Verantwortlichen entwickelt und entschieden werden. Weil die kreative und wertschöpfende Arbeit der Theater- und Tanzschaffenden ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft ist, müssen die während des Symposiums begründeten Forderungen nach starken kulturpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zu spürbaren Konsequenzen führen«. Mit diesem Appell



beendeten unter großem Beifall Thomas Engel, Direktor des *ITI* und Jürgen Flüge, Vorsitzender des *Fonds Darstellende Künste*, das Symposium.

Neben der vollständigen Publikation der Symposiumsergebnisse werden die Theater- und Tanzschaffenden über die Ergebnisse des Symposiums in den Ländern und Kommunen berichten.

Geplant ist die Bildung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe, bestehend aus dem *Bundesverband Freier Theater*, dem *ITI*, dem *Fonds*, den Gewerkschaften, dem *Deutschen Bühnenverein* und kulturpolitischen Institutionen. Diese Arbeitsgruppe wird den interministeriellen und kulturpolitischen Dialog mit dem Bund, den Ländern, den Kommunen sowie auf europäischer Ebene führen, ohne den eine schrittweise Umsetzung der Handlungsempfehlungen des Symposiums nicht erfolgen kann.

Unmittelbar nach dem Symposium erklärten Vertreter der Politik ihre Bereitschaft, gemeinsam mit den Akteuren, Verbänden und Institutionen der darstellenden Künste nach konstruktiven Strategien zu suchen, um die wirtschaftliche, soziale und arbeitsrechtliche Lage der Theater- und Tanzschaffenden zu verbessern.

© 2009 fotomex / Karl Piberhofer

Die wichtigsten Ergebnisse der Gesamtstudie sind ab Ende Mai 2009 auf den Webseiten des *Fonds* und des *ITI* abrufbar. Geplant ist die Publikation der Symposiumsergebnisse durch das *ITI* und den *Fonds* sowie die Veröffentlichung aller Teilstudien, voraussichtlich im November 2009, durch den *Fonds Darstellende Künste*.